



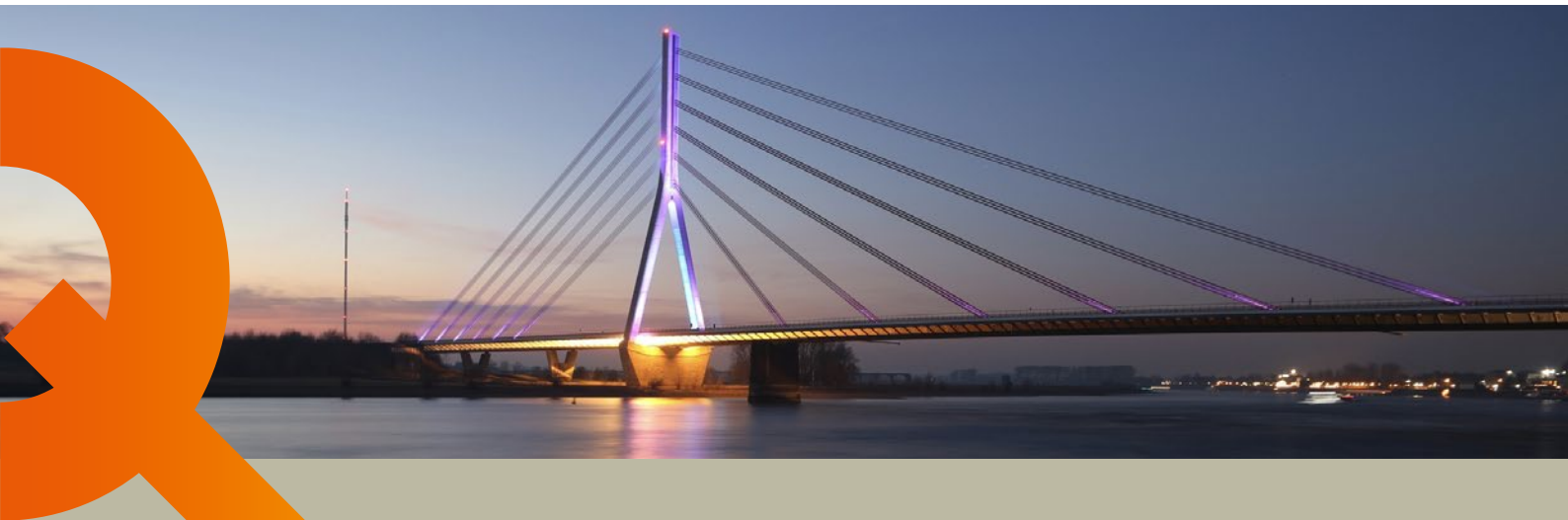
*Liebe Leserinnen und Leser,*

*die Unterzeichnung des schwarz-gelben Koalitionsvertrages hat sich am 26. Juni zum zweiten Mal ge­jährt. Aus diesem Anlass haben wir mit der FDP-Landtagsfraktion eine gemeinsame Fraktionssitzung abgehalten. Und da 100 Abgeordnete nicht mehr in einen Fraktionssaal passen, fand die Sitzung im Plenarsaal statt und wir haben wieder einmal gespürt: Unsere Zusammenarbeit läuft hervorragend. Die NRW-Koalition hat einen starken Zusammenhalt und ein angenehmes Miteinander. Die Abstimmungen verlaufen reibungslos: Die Ein-Stimmen-Mehrheit steht!*

*Vor einigen Tagen habe ich meinen Wechsel vom Verkehrsausschuss in den Wirtschaftsausschuss des Landtags bekannt gegeben. Ich habe mir diesen Schritt nicht leicht gemacht, da ich im Verkehrsausschuss mit Herzblut daran mitgewirkt habe, die Infrastruktur von Nordrhein-Westfalen und auch bei uns im Kreis Wesel nach vorne zu bringen. Unter der Prämisse, stellvertretendes Mitglied des Verkehrsausschusses zu bleiben, damit die Einbindung in laufende Projekte gewahrt bleibt, habe ich auch auf Bitten aus meiner Fraktion die Möglichkeit genutzt, in den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung zu wechseln. Dort werde ich nicht nur meinen Wahlkreis und meinen Heimatkreis Wesel vertreten, sondern den gesamten Niederrhein: Wichtig ist mir insbesondere, das Vorhaben der NRW-Koalition, die Kiesgewinnung am Niederrhein nach Jahren des rot-grünen Nichtstuns neu zu justieren, weiter im Sinne unserer Heimat voranzutreiben.*

*Nun wünsche ich viel Freude bei der Lektüre dieses neuen Newsletters! Mitte August werde ich mich noch einmal mit einem „Feriennewsletter“ melden - dann gibt es viele Infos rund um meine Sommertour, die in der kommenden Woche startet. Jetzt wünsche ich aber erst einmal einen guten Start in die großen Ferien und einen schönen Sommer!*

*Ihre und Eure Charlotte Quik*



## Jugend-Landtag 2019: Leon Peters aus Wesel und Mehmet Özekinci aus Schermbeck traten an meine Stelle

Vom 4. bis 6. Juli fand in Düsseldorf der 10. Jugend-Landtag Nordrhein-Westfalen statt. 199 Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren waren aus ganz NRW zusammengekommen, um für drei Tage die Abgeordneten zu „vertreten“ und einen Einblick in die Landespolitik zu erhalten. An meine Stelle traten mit dem 18-jährigen Leon Peters aus Wesel und dem 18-jährigen Mehmet Özekinci aus Schermbeck gleich zwei junge Erwachsene.

In den drei Tagen erhielten die politikinteressierten Jugendlichen einen detaillierten Einblick in die Arbeit der Abgeordneten. Der Jugend-Landtag Nordrhein-Westfalen 2019 fasste mit Mehrheit zwei Beschlüsse. Die 199 jungen Abgeordneten stimmten dem Antrag „Einführung einer allgemeinen Impfpflicht als Voraussetzung für einen Kita-Platz“ in geänderter Fassung zu. Darin werden neben der Impfpflicht unter anderem mehr Informationen über die Folgen von Virusinfektionen gefordert. Ebenfalls in geänderter Fassung verabschiedet wurde der Antrag „ÖPNV attraktiver machen“. Ziel des Antrags ist es unter anderem, den ÖPNV und die Infrastruktur zu verbessern. Die Plenarsitzung des Jugend-Landtags hatte mit einer Aktuellen Stunde zum Thema „Sicherer Hafen NRW“ begonnen. Aktueller Anlass und Inhalt der Debatte war die Rettung von Flüchtlingen aus Seenot im Mittelmeer. Nach engagierter Diskussion über die Fridays for Future-Demonstrationen lehnte der Jugend-Landtag mit Mehrheit einen Eilantrag mit

dem Titel „Demonstrationsrecht während der Schulzeit“ ab.

„Für mich persönlich ist diese Erfahrung eine Bereicherung in jeglicher Hinsicht und empfehlenswert für jeden Jugendlichen, der ein politisches Interesse bekundet“, zeigte sich Mehmet Özekinci begeistert. Er befindet sich derzeit im zweiten Ausbildungsjahr zum Verwaltungsfachangestellten bei der Gemeinde Schermbeck. Er ist bereits politisch aktiv, Kreisvorstandsmitglied der Jungen Union Kreis Wesel und stv. Vorsitzender der Jungen Union Schermbeck.

Auch Leon Peters aus Wesel war vom Aufenthalt in der Landeshauptstadt beeindruckt: „Ich konnte einen sehr guten Einblick in die Politik

unseres Landes bekommen und habe viele neue, nette Menschen kennen gelernt. Die Plenarsitzung am Ende war besonders spannend und interessant“, so Leon Peters. Der Weseler besucht zurzeit die Oberstufe des Andreas-Vesalius-Gymnasiums.

Die 199 Jugendlichen lernten während der drei Tage die parlamentarischen Regeln und Abläufe im Landesparlament kennen. In ihren Fraktionen wählten sie Vorsitzende, arbeiteten in Ausschüssen an Anträgen, informierten sich in Anhörungen von Sachverständigen und debattierten zum Abschluss in der Plenarsitzung. Mit Abgeordneten des Landtags trafen sich die Mitglieder des Jugend-Landtags schließlich zu einem Parlamentarischen Abend.



## Anliegerkosten beim Straßenausbau werden erheblich reduziert. Das Land stellt dafür 65 Millionen Euro zur Verfügung

Hinsichtlich der viel diskutierten Straßenausbaubeiträge für Anlieger hat die NRW-Koalition heute einen konstruktiven Lösungsansatz präsentiert. Die NRW-Koalition wird die Straßenausbaubeiträge für Anlieger deutlich reduzieren. Das Land stellt jährlich 65 Millionen Euro bereit, um die für die Kommunen ausfallenden Beiträge zu ersetzen. Das ist ein gelungener Kompromiss zwischen der vielfach geforderten Abschaffung und dem Wunsch – unter anderem der kommunalen Spitzenverbände – nach grundsätzlicher Beibehaltung. Im Sinne der Bürger übernimmt das Land finanzielle Verantwortung. Die NRW-Koalition ist damit ein Thema angegangen, dem sich die rot-grüne Vorgängerregierung komplett verweigert hat. Zusammen mit einer geplanten wesentlich vereinfachten Berechnung wird die drastische Verringerung der bisherigen Höchstsätze zu einer erheblichen finanziellen Entlastung der Anlieger führen. Insbesondere in finanzschwachen Kommunen, die durch die Haushaltssicherung gezwungen wurden, die Höchstsätze von Anliegern zu verlangen, wird sich die finanzielle Belastung der Beitragszahler damit erheblich zu ihren Gunsten verändern. Die Achtung vor der kommunalen Selbstverwaltung gebietet es, die Teilnahme am Förderprogramm des Landes für jede Kommune freizustellen.

### Verfahrensweise:

Beantragt eine Kommune für ausfallende Anliegerbeiträge Fördermittel, ist sie gehalten, nicht mehr die bisher angewendete Mustersatzung für die Berechnung der Anlieger heranzuziehen (Anliegerstraßen: 50-80% bei Fahrbahn und Radweg, 60-80% bei Parkstreifen und Gehweg, Haupterschließungsstraßen: 30-60% bei Fahrbahn und Radweg, 50-80% bei Parkstreifen und Gehweg, Hauptverkehrsstraßen: 10-40% bei Fahrbahn und Radweg, 50-80%, bei Parkstreifen und Gehweg, Hauptgeschäftstraße: 40-70% bei Fahrbahn und Radweg, 60-80%, bei Parkstreifen und Gehweg), sondern eine neue Staffelung der Anliegerbeiträge, die auch der unterschiedlichen Bemessung im Land wirksam entgegen wirkt:

Diese neue Staffelung der Anliegerbeiträge unterscheidet bei Anlieger- und Haupterschließungsstraßen nicht mehr nach Maßnahmen für den fließenden oder den ruhenden Verkehr. Sie richtet sich ausschließlich nach den Kosten der Gesamtmaßnahme:

*Anliegerstraßen: 40%,  
 Haupterschließungsstraße: 30%,  
 Hauptverkehrsstraße: Fahrbahn und Radwege: 10%, Parkstreifen und Gehweg: 40%,  
 Hauptgeschäftstraße: Fahrbahn und Radwege: 35%, Parkstreifen und Gehweg: 40%.*

Eine Kommune kann die Förderung für beitragspflichtige Straßenbaumaßnahmen beantragen, die nach dem 1.1.2018 begonnen wurden. Als Beginn der Maßnahmen gilt der Beschluss des zuständigen Rates.

### Die weiteren Verbesserungen und Neuregelungen für Anlieger auf einen Blick:

Einführung einer verpflichtenden, zeitlich vorgelagerten Bürgerbeteiligung der von der Straßenbaumaßnahme betroffenen Grundstückseigentümer. Betroffene Anlieger können so zukünftig im Vorgriff des Beschlusses der Maßnahme Einfluss auf die konkrete Ausgestaltung und die damit zusammenhängenden Kosten nehmen.

Veröffentlichung eines „Bürgerleitfaden Anliegerbeiträge“, der die rechtlichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen erläutert. Vereinfachung der Zahlungsmodalitäten durch Einführung eines Rechtsanspruchs auf Ratenzahlungen, verbunden mit der Verpflichtung, dass der für Zwecke von Straßenausbaubeiträgen anzusetzende Zinssatz sich dynamisch am von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Basiszinssatz orientiert.

Konkretisierung und Festschreibung einer Härtefallregelung. Prüfung, inwiefern die Kommunen dazu angehalten werden könnten, Maßnahmen, die das KAG betreffen, für die (z.B.) kommenden fünf Jahre in Form einer Prioritätenliste zu veröffentlichen. Nach Ablauf von drei Jahren wird die Neuregelung einer Evaluation unterzogen.

## Kiesgewinnung am Niederrhein: Durch Rückkehr zur Sachlichkeit Kompromisse finden und an tragbaren Lösungen für alle arbeiten

Die Kiesgewinnung am Niederrhein ist seit langem ein strittiges Thema. Die Politik rot-grüner Landesregierungen hat zu der heutigen Situation am Niederrhein geführt. Der bisher gültige (rot-grüne) Landesentwicklungsplan (LEP) und die Umsetzung durch den grünen RVR-Chefplaner Tönnes – unter anderem mit der Ausweisung des Wickrather Feldes in Kamp-Lintfort und in der Bönninghardt und in Drüpt in Alpen – sorgen für sehr viele Diskussionen. Diese sind darauf zurückzuführen, dass im Regionalverband Ruhr, der für den Kreis Wesel zuständigen Regionalplanungsbehörde, aktuell ein neuer Regionalplan aufgestellt werden muss – dies fällt nur zufällig mit der derzeitigen Überarbeitung des Landesentwicklungsplanes durch die neue Landesregierung zusammen.

Die NRW-Koalition und die CDU im Kreis Wesel wollen die Kiesgewinnung nun konsequent neu justieren und gehen damit ein schwieriges und vielschichtiges Thema an, dem sich Rot-Grün über Jahre verweigert hat. „Jetzt ist es endlich an der Zeit, die Debatte zu versachlichen. Mit Schaum vor dem Mund kommt man nicht weiter“, haben der Fraktionsvorsitzende der CDU im Kreistag

Frank Berger, sein Stellvertreter Udo Bovenkerk, auch stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion im Regionalverband Ruhr, Alpens CDU-Vorsitzender Sascha van Beek und ich auf einer gemeinsamen Pressekonferenz erklärt. „Die beschlossenen Abgrabungskonferenzen werden ein entscheidender Schritt sein, die Konflikte in der Region zu entschärfen. Wir hoffen, dass dann alle an einem Tisch sitzen, wie es in anderen Regionalverbänden problemlos funktioniert. Wer nicht mit am Tisch sitzt, kann nicht mitreden und darf sich hinterher nicht beschweren.“

Die CDU ist derzeit auf vielen Ebenen aktiv, um an einvernehmlichen Lösungen für alle Beteiligten zu arbeiten. Dazu haben Frank Berger, Udo Bovenkerk und Sascha van Beek und ich weiter erklärt: „Selbst wenn die viel kritisierte Überarbeitung des Landesentwicklungsplanes nicht vorgenommen werden würde, wären die vom grünen Chefplaner Tönnes vorgesehenen Abgrabungsgebiete wie das Wickrather Feld oder in Alpen doch überhaupt nicht vom Tisch. Sie basieren auf dem aktuell gültigen, rot-grünen Landesentwicklungsplan und sind vom grünen Chefplaner ohne Absprache mit den Betroffenen und der örtlichen Politik umgesetzt worden. Da

muss eine Lösung her. Hier setzt nun die CDU-Strategie an. Mit der vorgesehenen Einberufung von Abgrabungskonferenzen können Konfliktlagen vor Ort entschärft werden. Ein entsprechender Antrag ist im Landtag verabschiedet worden.

Geplante konkrete Abgrabungsmaßnahmen werden nicht im Landtag und auch nicht in einem Landesentwicklungsplan entschieden. Der Landesentwicklungsplan macht Vorgaben für das ganze Land und für alle nichtenergetischen, oberflächennahen Rohstoffe, also nicht speziell für Kies. Wo konkret abgebagert werden soll, wird in den Regionalräten entschieden. Durch den Landtagsbeschluss bekommen die Träger der Regionalplanung nach dem Subsidiaritätsprinzip künftig deutlich mehr Verantwortung und können vor Ort entscheiden und Konflikte lösen. In dem beschlossenen Antrag werden neben den Abgrabungskonferenzen höhere Recyclingquoten, ein verbessertes Monitoring in Bezug auf Altflächen, Vorkommen, Bedarf und Verbrauch sowie die Prüfung von Möglichkeiten zusätzlicher Abgrabung im Deichvorland angekündigt. Insbesondere die auch heute noch gültige Bedarfsermittlung war von Rot-Grün eingeführt worden und bedarf sicherlich einer deutlichen Überprüfung. Eine weitere Möglichkeit, auf Landesebene aktiv zu werden, ist die von der damaligen CDU-Wirtschaftsministerin Christa Thoben begonnenen Gespräche mit den Niederlanden und Belgien zum Kiesexport wieder aufzunehmen.

Fest steht, dass vor dem Hintergrund einer sanierungsbedürftigen Infrastruktur in NRW und in Zeiten von Wohnungsmangel Kies benötigt wird. Über Exportstopps zu reden und gleichzeitig ein solidarisches Europa zu fordern, das passt nicht zusammen. Die CDU wirbt auch weiter für Abgrabungskonferenzen und fordert alle Beteiligten auf, an einer solchen teilzunehmen, die in anderen Regionalräten erfolgreich durchgeführt worden ist. Jetzt heißt es, durch Rückkehr zur Sachlichkeit Kompromisse finden und an tragbaren Lösungen für alle zu arbeiten.“



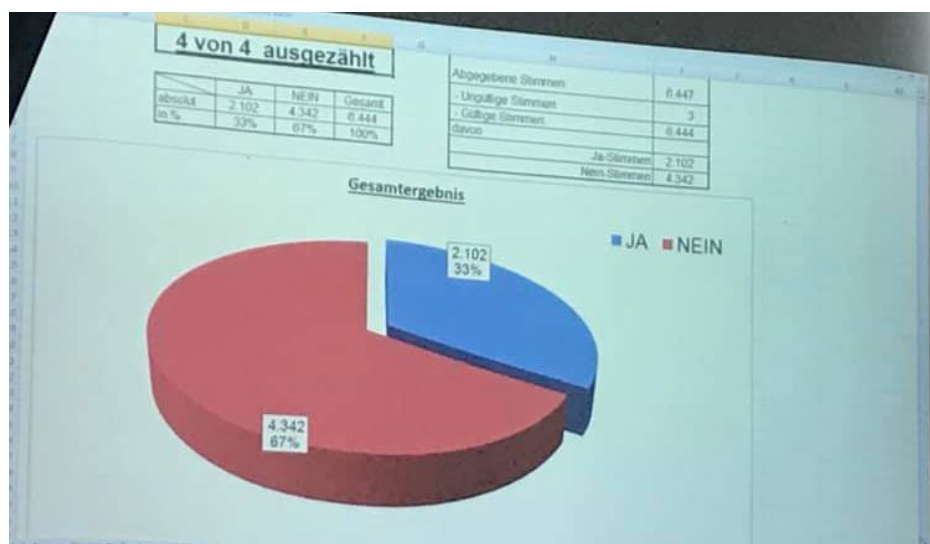
## Ein Sieg der Demokratie – In Hamminkeln wird es keine Ratsverkleinerung geben

Ein Thema, das mich in den vergangenen Wochen jenseits der Landespolitik intensiv beschäftigt hat, war die mögliche Ratsverkleinerung in Hamminkeln, die über einen vom Vorsitzenden einer Wirtschaftsvereinigung initiierten Bürgerentscheid drohte. Partei- und fraktionsübergreifend hat die CDU Hamminkeln mit Norbert Neß an der Spitze gemeinsam mit FDP und Grünen eine gelungene Gegenkampagne auf die Beine gestellt, um die starke Vertretung für die Hamminkelner Dörfer zu erhalten und sicherzustellen, dass kommunalpolitisches Engagement auch zukünftig auf ausreichend Schultern verteilt ist. Der Einsatz hat sich gelohnt: Mit klarer Mehrheit haben sich die Brüner, Dingdener, Hamminkelner, Loikumer, Mehrhooger, Ringenberger und Wertherbrucher gegen die Ratsverkleinerung ausgesprochen – ein starkes Signal für unsere Dörfer und eine schöne Anerkennung für die ehrenamtliche Arbeit unserer Ratsmitglieder! Herzlichen Dank allen Unterstützern - besonders gefreut habe ich mich, am Infostand gemeinsam mit dem FDP-Kreisvorsitzenden und Bundestagsabgeordneten Bernd Reuther für ein NEIN zur Ratsverkleinerung geworben zu haben.

Der Kommentar von Sebastian Peters in der Rheinischen Post hat es auf den Punkt gebracht: „Über alle Maßen peinlich war, dass die Köpfe des Bürgerentscheids ausgerechnet bei der Entscheidung selbst nicht im Rathaus waren. Erst einen Entscheid mit Kosten von 34.000 Euro erwirken, dann der Bekanntgabe des Ergebnis-

ses fernbleiben. Dann am Ende sogar kommentieren, dass eine vermeintlich schwache Wahlbeteiligung zeige, wie unwichtig dieser Staat eigentlich für die Bürger sei. Das ist weit

mehr als nur schlechter Stil. So kann man Demokratie auch mit Füßen treten.“ Dem ist nichts hinzuzufügen!



## CDU, SPD, FDP und Grüne setzen gemeinsam Untersuchungsausschuss zu den Missbrauchsfällen von Lügde ein

Die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen im Landtag NRW haben sich auf die gemeinsame Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu den Missbrauchsfällen von Lügde verständigt. Dieser Untersuchungsausschuss soll alle Umstände des massenhaften Kindermissbrauchs lückenlos aufklären. Das sind wir

den Opfern und deren Angehörigen schuldig. Es ist wichtig und notwendig, nun auch parlamentarisch mit der Aufarbeitung zu beginnen.

Daher wird Fehlverhalten auf allen mit den Vorgängen befassten Ebenen bzw. Behörden gründlich aufgeklärt. Die Fraktionen stimmen darin überein, dass dies nur gelingen kann, wenn das Handeln von Polizei, Landkreisbe-

hörden und Landesregierung im Fall Lügde gleichermaßen intensiv untersucht wird. Der nun vorliegende gemeinsame Einsetzungsbeschluss trägt dem Rechnung.

## VERSPROCHEN – GEHALTEN!

### B58: Südumgehung Wesel schließt wichtige Lücke – Spatenstich mit Minister Wüst

So ein Spatenstich ist schon eine wichtige Sache. Insbesondere, wenn es um ein so wichtiges Infrastrukturprojekt wie die Weseler Südumgehung geht. Mehr Lebensqualität und eine höhere Verkehrssicherheit vor allem für Fußgänger und Radfahrer im Ortskern von Wesel, aber auch eine verbesserte Verbindung zwischen Niederrhein und Münsterland - mit dem Lückenschluss der Ortsumgehung Wesel soll das realisiert werden. Für den dritten und letzten Bauabschnitt der B58 haben

NRW-Verkehrsminister Hendrik Wüst, der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Enak Ferlemann, und Straßen.NRW-Direktorin Elfriede Sauerwein-Braksiek am Montag, 8. Juli, den feierlichen ersten Spatenstich vorgenommen. Mit dabei waren unter anderem auch unsere Kreisvorsitzende und Parlamentarische Staatssekretärin Sabine Weiss, mein Landtagskollege Stephan Haupt (FPD) und der FDP-Bundestagsabgeordnete Bernd Reuther.

„Mit dem vierspurigen Neubau stärken wir die B 58. Das ist umso wichtiger, da sie eine über-

regionale Bedeutung hat. Die Bundesstraße ist eine wichtige Ost-West-Verbindung zwischen der linksrheinischen Region und dem Münsterland. Außerdem verbindet sie die Autobahn A3 mit der A57. Durch den Lückenschluss der Ortsumgehung Wesel werden diese Funktionen gestützt“, sagte Enak Ferlemann. Die 3,8 Kilometer lange Neubaustrecke wird sich auch auf den Fernverkehr in Richtung Norden auswirken, da die B58 ebenfalls Zubringer zur in Nordrichtung verlaufenden A31 ist.

[weiterlesen](#)

**VERSPROCHEN – GEHALTEN!**

Unser Verkehrsminister Hendrik Wüst betonte ebenfalls die Bedeutung des Projekts: „Mit dem Lückenschluss der B58 kommen wir beim Ausbau der Infrastruktur voran und verbessern das Mobilitätsangebot in der Region. In Wesel entlasten wir den Ortskern vom Durchgangsverkehr. Das verbessert die Lebensqualität der Menschen. Weniger Verkehr bedeutet auch bessere Luft in der Stadt.“

2025 sollen die Bauarbeiten abgeschlossen sein. Dann kann der Pendler- und Schwerlastverkehr über die B58 um Wesel herum fließen. Bislang fahren mehr als 17.000 Fahrzeuge täglich durch den Weseler Ortskern. Für die 3,8 Kilometer lange Strecke der Südumgehung investiert der Bund ca. 220 Millionen Euro.



## LANDTAGSBESUCHE

# Besuch aus der Heimat: CDU-Ortsverband Hünxe/Gartrop-Bühl auf meine Einladung zu Gast im Landtag

Der CDU-Ortsverband Hünxe/ Gartrop-Bühl war auf meine Einladung zu Besuch im Landtag Nordrhein-Westfalen. Dass der CDU-Ortsverband den Landtag in Düsseldorf besucht hat, spricht eindeutig für das Interesse an der Landespolitik. Die Gruppe von 40 Personen unter Leitung der stv. Vorsitzenden Andrea Dase-Blumenroth war hochkarätig besetzt. Unter anderem hatten die stv. Hünxer Bürgermeisterin Ingrid Meyer, die Vorsitzende der Frauen Union Kreis Wesel Anika Zimmer und der Vorsitzende der Hünxer Senioren Union Heinz Lindekamp die Fahrt in die Landeshauptstadt angetreten. Nachdem die Gäste bei sonnigem Wetter den Landtag betreten hatten, begann das Informationsprogramm des Besucherdienstes. Anschließend erlebten die Gäste auch eine Debatte im Plenarsaal. Nach diesen Eindrücken von der Besuchertribüne im Plenum trafen wir uns im Anschluss zu einer angeregten Diskussion über die parlamentarische Arbeit in der Landespolitik wie auch die Politik in der Heimat im Kreis Wesel. Unter anderem berichtete ich über die Zusammenarbeit der Fraktion mit der Landesregierung und den Ministerium und habe eine positive Halbzeitbilanz der Regierung gezogen. Nach Jahren des Stillstandes kommt Nordrhein-Westfalen wieder voran. Nach dem offiziellen Programm nutzte die Gruppe die Gelegenheit und ließ den Tag in der nahe gelegenen Düsseldorfer Alt- und Innenstadt ausklingen.



## QUIK UNTERWEGS



Meine ersten Erfahrungen im Bogenschießen konnte ich im Rahmen des Aktionstages „Bewegt älter werden in Wesel“ sammeln. Eine tolle Initiative für gesundes Älterwerden, die unser Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann als Schirmherr begleitet.



Ein Vierteljahrhundert Senioren Union Hamminkeln - die allerherzlichsten Glückwünsche zum 25. Geburtstag, ein großes Dankeschön für die tolle Unterstützung unserer CDU Stadt Hamminkeln und nur das allerbeste für die nächsten 25 Jahre!



Dass der Mensch im Mittelpunkt steht, dessen kann man sich sicher sein, wenn der Chef des Ministeriums für Arbeit-Gesundheit und Soziales, unser Minister Karl-Josef Laumann, das Wort ergreift. Er war zu Gast zum 50-jährigen Jubiläum beim Caritasverband Moers-Xanten.



Die Ehrenamtstour in NRW hat Station in Wesel gemacht. Ziel der Tour ist die Sammlung von Anregungen und Ideen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement. Sie ist damit ein Baustein zur Erarbeitung der Engagementsstrategie für das Land Nordrhein-Westfalen. Eine coole Sache – Birgit Nuyken, Jürgen Linz und ich haben gerne vorbeigeschaut.

QUIK UNTERWEGS



Wenn eine Brünerin im Voshövel Hünxer und Drevenacker besucht – das ist mal Lokalkolorit. An diesem Tag endete die Amtszeit von Dr. Michael Wefelnberg als Präsident des Lions Club Hünxe – schön, dass ich den Abend mit Berichten aus der Landespolitik begleiten durfte.



Es war ein gelungener Sommerempfang der Niederrheinischen IHK Duisburg-Wesel-Kleve mit meinen Kollegen Margret Vosseler-Deppe und Dr. Günther Bergmann im Bürgerhaus Weeze.



Der Schützenverein Wesel-Fusternberg feierte sein Fest – im Haubergpark lief der Eselrock: Wesel hat einiges zu bieten.

## QUIK UNTERWEGS



Euch schickt der Himmel: Auch bei uns setzten sich bei der „Uns schickt der Himmel – 72-Stunden-Aktion des BDKJ“ viele Kinder, Jugendliche und Erwachsene für das Gute ein – als kleine Unterstützung gab es von mir Frux für die Aktiven.



Auf Einladung der BDKJ Diözese Münster habe ich WeltbekaNNt – ErdumspaNNt – das in Weweze stattfindende Bezirkslager der DPSG Bezirk Niederrhein-Nord besucht. Ein großartiges Erlebnis - danke, dass ich dabei sein durfte!



### IMPRESSUM

V.i.S.d.P.

Charlotte Quik MdL  
 Platz des Landtags 1  
 40221 Düsseldorf

### Kontakt

Landtagsbüro: 0211/ 884 4328  
 Wiss. Mitarbeiter Thomas Eusterfeldhaus  
 thomas.eusterfeldhaus@landtag.nrw.de

Wahlkreisbüro: 0281/ 4757 2835  
 CDU-Kreisgeschäftsstelle  
 Van-Gent-Straße 3  
 46483 Wesel  
 Wiss. Mitarbeiter Elmar Venohr  
 elmar.venohr@landtag.nrw.de